

54 ZEILEN - DER KOMMENTAR

Arbeiten, um zu leben



von Anja Schröder

„Opa“ und „Oma“ an Werkbank und Tresen, als Zeitungsbote und Putzfrau? In Zukunft eher die Regel denn die Ausnahme. Weil Dienstleistungsberufe zulegen, die auch in höherem Alter ausgeübt werden können. Weil mehr Bildung und eine höhere berufliche Qualifikation häufig die Erwerbstätigkeit über die Rentenaltersgrenze hinaus implizieren. Sprich: Der Mensch hat Freude daran, Wissen weiterzugeben. Gelernt, sich über den Beruf zu definieren. Will nicht zum „alten Eisen“ gehören. Voraussetzung: Er ist nicht von körperlicher Arbeit verschliss-

sen. Oder vom Arbeitsdruck psychisch ausgelaugt. Und machen wir uns nichts vor: die prekäre finanzielle Situation im Alter wird steigen und Rentner in den Minijob zwingen. Niedriglohn, Zeitarbeit, Arbeitslosigkeit – viele Mosaiksteinchen, die Lücken reißen in Rentenanwartschaften. Das System der Altersvorsorge wackelt längst; die Rente mit 67 – ein verzweifelter Versuch, die Kasse zu retten.

Dabei haben die meisten den Glauben an Fürsorge und Sicherheit längst verloren. Wie sich eine Gesellschaft verändern wird, in der die Menschen auch im Alter nicht aus dem Hamsterrad der täglichen Existenzsorge aussteigen können? Miteinander, Ehrenamt, schöpferische Prozesse – abhaken. Dazu wird keine Zeit bleiben. Es sei denn, wir reformieren unser System grundlegend. Und ändern unsere Lebens-einstellung. Bis wir wieder arbeiten, um zu leben. Nicht leben, um zu arbeiten.

Problemhaus an der Brunnenstraße wird renoviert

In der Nordstadt wird gewerkelt und gebaut

Christina Römer

Das Haus Brunnenstraße 25 stand leer – jahrelang. Wohnen konnte darin keiner mehr. Das Dach war leck, die Außenfassade musste gestützt werden. „Es drohte der absolute Verfall“, weiß Quartiersmanager Martin Gansau. Jetzt ist wieder Leben eingekehrt: Seit einem Jahr wird an und in dem Haus am Flensburger Platz gewerkelt. Ein russischer Investor hat eine halbe Million Euro in die Hand genommen – 16 Wohnungen sind ab August bezugsfertig, im Erdgeschoss hat sich die Einrichtung „Connected“ angesiedelt.

„Ein positives Beispiel wie sich in der Nordstadt etwas nach vorn bewegt“, sagt Dezernentin Birgit Zoerner, die sich gestern ein Bild vor Ort machte.

Zwei positive Beispiele

Ein weiteres Beispiel ist nur wenige Meter entfernt. Werner Hüßler (ITW GmbH), der etwa 20 Häuser in der Nordstadt sein Eigen nennt, investiert zurzeit in der Gronastraße. Er schloss eine Baulücke zwischen zwei Gebäuden, die ihm bereits gehören. Geför-

dert mit Landesmitteln entstanden in dem neuen Ziegelbau fünf barrierefreie Wohnungen. Am 1. September können die Mieter einziehen – vier Wohnungen sind schon vermietet.

„Die Nordstadt hat ein super funktionierendes multikulturelles Miteinander“, schwärmt Hüßler. Gute Mieter zu finden, sei nicht schwer. Deshalb lohne es sich, zu investieren. „Ich gucke auch weiterhin nach neuen Gebäuden“, sagt Hüßler. Zuletzt habe er ein Haus an der Mallinckrodtstraße gekauft.

Martin Gansau vom Quartiersmanagement lobt das Engagement der Eigentümer. Im Jahr 2008 hatten sich Immobilienbesitzer zusammenschlossen, die im Bereich des Brunnenstraßenquartiers Eigentum haben. Etwa 40 treffen sich regelmäßig und unterstützen sich gegenseitig. Hüßler gehört dazu. Und auch der russische Investor hat bereits an den Treffen teilgenommen. Eine gemeinsame Aktion ist z.B. der Quartiershausmeister: 26 Eigentümer zahlen 40 Euro im Monat. Dafür gibt es im Quartier einen Ansprechpartner, sowohl für Anwohner als auch für die Eigentümer.



Das Haus am Flensburgerplatz stand jahrelang leer und drohte komplett zu verfallen. Jetzt wird's renoviert. Foto: Ralf Rottmann

RUFEN SIE UNS AN



Sie haben Anregungen für unsere lokale Berichterstattung? Sie haben sich geärgert und wollen Dampf ablassen? Sie haben einfach nur eine Frage? Dann sprechen Sie mit uns.

Redakteurin
Christina Römer
9573-1286

freut sich auf Ihren Anruf:
heute, 17 bis 17.45 Uhr
(Anruf zum Ortstarif)



Die Treppenstufen zur Notfalldienstpraxis an der Beurhausstraße: „Eine Zumutung“, findet Siegfried Volkert.

Foto: Helmuth Vossgraff

Behindertenpolitisches Netzwerk bemängelt: Praxis an Beurhausstraße nicht barrierefrei

Im Notfall keinen Zugang

Christina Römer

Sechs Stufen führen zu einem engen Aufzug. Mit dem geht's weiter – zur Notfalldienstpraxis an der Beurhausstraße: Für gehbehinderte Menschen sind allein die Stufen ein nicht zu bewältigendes Hindernis. Für Rollstuhlfahrer ist der Aufzug zu eng. „Eine Zumutung“, findet Siegfried Volkert vom Behindertenpolitischen Netzwerk. Die Praxis hätte so gar nicht an den Start gehen dürfen, meint er.

Seit Februar ist die Beurhausstraße 26 eine von zwei Notfalldienstpraxen, die immer dann geöffnet ist, wenn andere Arztpraxen Feierabend haben. Ausgerechnet diese wichtige Anlaufstelle sei nun nicht für alle zugänglich,

bemängelt das Behindertenpolitische Netzwerk. „Ich verstehe nicht, warum man nicht von Anfang an auf Barrierefreiheit geachtet hat“, sagt Volkert.

»Räume von Vorteil, weil sie nah am Klinikum liegen«

Auf diese Kritik hat die Kasernenärztliche Vereinigung Westfalen Lippe (KVWL), Betreiber der Praxis, reagiert. Gestern fand eine gemeinsame Begehung der KVWL, des Klinikums als Vermieter und des Gesundheitsamtes der Stadt statt. „Dabei sind keine großen Mängel festgestellt worden“, sagt Heike Achter-

mann, Geschäftsbereichsleiterin der KVWL – bis auf die nicht vorhandene Zugänglichkeit für Gehbehinderte. Abhilfe soll ein Außenaufzug schaffen, der vom Klinikum Dortmund angebracht werden soll. Nach Angaben des Klinikums noch in diesem Jahr – das Ausschreibungsverfahren brauche aber etwas Zeit.

Bis dahin sollen sich die Menschen, die die Stufen nicht überwinden können direkt an die benachbarte Notfallambulanz des Klinikums wenden. „Mittlerweile haben wir wenigstens erreicht, dass unter der zentralen Rufnummer (☎ 0180/5 04 41 00) ein Hinweis erfolgt, dass Rollstuhlfahrer den Notdienst des Klinikums nutzen sollen“, sagt Volkert.

Was er allerdings nicht versteht: „Wir hatten bei der KVWL angefragt, ob wir eine Begehung machen können und das wurde abgelehnt“, ärgert sich Volkert. Mit der Begründung, dass der Aufzug ja noch nicht angebracht sei und es somit auch nichts zu sehen gebe. „Uns geht es aber nicht nur darum, sondern wir interessieren uns für das Gesamtpaket Barrierefreiheit.“ Zum Beispiel ob entsprechende Vorrichtungen für Gehörlose vorgehalten werden.

Heike Achtermann bedauert, dass die Praxis nicht rechtzeitig voll ausgestattet werden konnte. „Die Räume sind für uns von Vorteil, weil sie so nah am Klinikum liegen, stationäre Einweisungen können so schnell erfolgen“, sagt sie.

Mitarbeiter ließ rund 300 Kilo Roastbeef mitgehen - Firma führte Kündigung nicht ordentlich durch

Teurer Fehler nach Fleisch-Diebstahl

Oliver Körting

Fleischeslust der besonderen Art ist einem ehemaligen Lagerarbeiter der Firma Vreriksen zum Verhängnis geworden. Nachdem er in einer Nachtschicht wohl rund 300 Kilogramm Roastbeef hat mitgehen lassen, kündigte ihm die Firma fristlos. Doch einige Zeit später ging beim Arbeitsgericht eine Klage des Mannes ein. Er hatte den Spieß kurzerhand umgedreht.

Eine Überwachungskamera hatte den vermeintlichen Fleischdieb gefilmt und selbst der Richter musste eingeste-

hen: „Das kann nicht sein, was Sie da sagen.“ Der ehemalige Beschäftigte hatte zuvor behauptet nur beschädigte Zucker-, Mehl- und Reis-Säcke mit dem Gabelstapler fortzuführen zu haben.

Ein kurzer Blick in die Überwachungsvideos

Die tägliche Bestandskontrolle am nächsten Morgen habe jedoch gezeigt, dass Fleisch fehlte. Danach warf die Firma einen Blick in die Überwachungsaufnahmen des Kühlhauses. Eigentlich ein klarer Fall.

Dennoch, Vreriksen versäumte eine offizielle Anhörung des Betriebsrates zur sofortigen Kündigung. Die Kündigung war also nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden.

Nun hätte sich der Kläger tatsächlich wieder im Betrieb verdingen können. Zugleich betonte der Richter, dass der ehemalige Lagerarbeiter wohl gleichzeitig die Forderung der Firma in Höhe von über 3000 Euro zahlen müsse. Eine Option, die ganz offensichtlich beiden Seiten nicht gefiel.

Daraufhin einigten sie sich auf einen Vergleich. Ganz

nach dem Wursttheken-Motto „Darfs ein bisschen mehr sein“ lässt Vreriksen die Ansprüche fallen. Der vermeintliche Roastbeef-Räuber bekommt zusätzlich zu einer ordnungsgemäßen Abrechnung seines Restgehaltes nach einer betriebsbedingten Kündigung eine Abfindung. Für die Firma ist es ein teurer Verfahrensfehler.

Zu dem bereits 13 000 Euro hohen Schaden durch das Verschwinden von mehreren hundert Kilo Rindfleisch, gesellt sich nun eine Zahlung von etwa 3000 Euro an den ehemaligen Angestellten.

Verbraucherzentrale benötigt Landesmittel für Projekte an Schulen

Finanzkompetenz fördern

Björn Bowinkelmann

Nach dem noch jungen Schulfrieden in NRW hat die Verbraucherzentrale Dortmund nun an die Dortmunder Landtagsabgeordnete Gerda Kieninger (SPD) appelliert, Finanzkenntnisse bei Schülern verstärkt zu fördern. Schüler sollen vor möglicher Verschuldung oder gar Überschuldung bewahrt werden.

Konkret fordert Klaus Müller vom Vorstand der Verbraucherzentrale NRW von der Landesregierung 250 000 Euro, um damit Lehrerfortbildungen und Projekte an den Schulen des Landes zu finanzieren. „Ein Fach Verbraucherbildung existiert ja nicht, daher wählen wir den pragma-



Landtagsabgeordnete Gerda Kieninger (SPD). Foto: Knut Vahlensieck

tischen Weg über einzelne Veranstaltungen an den Schulen“, sagt Müller. Die tatsächliche Umsetzung der Projekte sei jedoch erst zum Schuljahr 2012 angedacht.

Als Partner könnten auch Finanzinstitute eingebunden werden. „Das finden wir dann ok, solange es sich dabei nicht

um nur einen Anbieter handelt und eine Gefahr des verkappten Sponsorings besteht“, so Müller.

Kieninger stellt nicht nur einen Bildungsmangel bei den Schülern im richtigen Umgang mit Finanzen, sondern auch bei der Mediennutzung und beim Thema Ernährung fest. Die SPD-Landtagsabgeordnete sieht jedoch keine Möglichkeit, diese Kompetenzen in den Lehrplan der Schulen zu integrieren. „Die Lehrer sind in diesem Bereich nicht ausgebildet, eine Integration in den Lehrplan ist haushaltstechnisch die größere Hürde“, so Kieninger. Daher könnten diese Kompetenzen zunächst nur über Projekte und Partnerschaften vermittelt werden.

Gutachter des Flughafens in der Kritik

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster sprach deutliche Worte. Im Blick hatte es den Gutachter IVM, mit seinen Aussagen im Verfahren zum Ausbau der Stadt- und Landebahn des Flughafens Münster. Interessant dabei: IVM ist auch jener Gutachter, auf den sich der Dortmunder Flughafen gerne beruft. Darauf hat jetzt Claudia Schare, Aplerbecker SPD-Politikerin, hingewiesen.

Nach Auskunft von Schare kritisiert das OVG, dass die Annahmen des IVM deutlich zu optimistischen Prognosezahlen führe. Der in diesem Zusammenhang von IVM erfolgte „Hinweis auf einen steigenden Nachfragedruck überzeugt nicht“. Argumente im IVM-Gutachten seien „nicht zwingend“, zudem fehle den vom IVM weiter angestellten vergleichenden empirischen Analysen und qualitativen Erörterungen von vornherein die Eignung. „Das sind nur einige von Schare zitierte Kritikpunkte, mit denen das OVG kaum ein gutes Haar an den Experten des IVM lässt. Laut Schare gibt es neben dieser Kritik im Urteil des OVG auch andere Hinweise auf das Dortmunder Verfahren. Ein Satz: „Regionale Wettbewerbs- oder Wirtschaftsförderung einschließlich der damit verbundenen Arbeitsplatzeffekte ist nicht zwingend an ein bestimmtes Infrastrukturvorhaben geknüpft, sondern kann auch auf andere Art und Weise erreicht werden.“ FB

IMPRESSUM

DORTMUND

General-Anzeiger für Dortmund

Redaktionsleitung Dortmund:

Frank Bußmann

Stellvertreter:

Peter Ring

Lokalsport: Udo Stark, Peter Kehl

Stadtredaktion:

Nadine Albach (na) 9573-1284

Gregor Beushausen (beus) 9573-1296

Frank Bußmann (FB) 9573-1318

Alexander Ebert (ae) 9573-3881

Dr. Norbert Jacobs (noja) 9573-3841

Kathrin Kroemer (kroe) 9573-3842

Franz Luthé (FL) 9573-3803

Kathrin Melliwa (KM) 9573-1368

Susanne Meyer (sam) 9573-3842

Gerald Nill (GN) 9573-1346

Peter Ring (psr) 9573-1338

Christina Römer (röm) 9573-1286

Ralf Rottmann (RR) 9573-3803

Anja Schröder (cil) 9573-1246

Knut Vahlensieck (KV) 9573-3827

Andr. Winkelsträter (AWi) 9573-1243

Bärbel Segtrop (Sekt.) 9573-1283

Udo Stark (UST) 9573-1288

Peter Kehl (PKE) 9573-1210

Stadt-Geschäftsstelle:

RUNDSCHAU-Haus, Ostenhellweg 42-48,

44047 Dortmund

Druck:

Druck- und Verlagszentrum Hagen

Abbestellungen sind nur zum Quartalsende möglich. Die Abbestellung ist schriftlich bis zum 5. des letzten Quartalsmonats an die Geschäftsstelle zu richten.

Bei Nichtbelieferung im Falle höherer Gewalt, bei Störungen des Betriebsfriedens, Arbeitskampf (Streik, Aussperrung) bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Sammel-Nr.: (0231) 9573-0

Lokalredaktion:

(0231) 95 73 1283-87

Telefax Lokalredaktion:

(0231) 95 73 13 92

E-Mail Lokalredaktion: dortmund

@westfaelische-rundschau.de

Lokalsport:

(0231) 95 73 1288

Telefax Lokalsport:

(0231) 95 73 1214

E-Mail Lokalsport: sportdortmund

@westfaelische-rundschau.de

Anzeigen Geschäftskunden:

(0231) 9573-1344

Telefax Anzeigen:

(0231) 9573-1212

E-Mail Anzeigen:

anzeigen.dortmund@waz.de

Leserservice

Zustellung, Buchbestellung, Ad-

ressenänderung

Telefon: 01802 404076

Sie erreichen uns mo. bis fr. 8 - 20 Uhr,

sa. 8 - 14 Uhr, so. 15 - 20 Uhr

Telefax: 01802 404086*

E-Mail: leserservice@westfaelische-rund-

schau.de

Anzeigenberatung

Anzeigen aufgeben:

www.online-aufgeben.de

Telefon: 01802 404036*

Sie erreichen uns:

mo. bis fr. 7.30 - 18 Uhr

E-Mail: siehe Impressum

*6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, Mobilfunktarif max. 42 Ct. / Min.